Die Zulassungsurkunden haben die Nrn. G 254 und G 255.

Die Buchmachergehilfinnen Frau Waltraud Kottkamp, wohnhaft in Oberhausen, Romgesweg 23, Frau Rita Keppler, wohnhaft in Oberhausen, Rosenstraße 5 und Frau Zsuzsanna TERNYAK, wohnhaft in Alpen, Schulstraße 62, tätig bei dem Buchmacher Manfred Kottkamp in Oberhausen, werden auch für die Geschäftsstelle in Mülheim an der Ruhr zugelassen.

Abl. Reg. Ddf. 1996 S. 315

**332 Ordnungsbehördliche Verordnung
über die Festsetzung des Naturschutzgebietes
„Himmelgeister Rheinbogen“,
Stadt Düsseldorf/1 Karte**

Bezirksregierung
51.2.1.02.01-3/95

Düsseldorf, den 29. Juli 1996

Aufgrund des § 42a Abs. 1 i. V. m. §§ 19, 20, 34 Abs. 1 des Gesetzes zur Sicherung des Naturhaushaltes und zur Entwicklung der Landschaft (Landschaftsgesetz - LG -) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. 8. 1994 (GV. NW. S. 710), in der derzeit gültigen Fassung, und der §§ 12, 27 bis 35 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden (Ordnungsbehördengesetz - OBG) - in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. 5. 1980 (GV. NW. S. 528), in der derzeit gültigen Fassung, und des § 20 Abs. 1 des Landesjagdgesetzes (LJG) in der Neufassung vom 7. 12. 1994 (GV. NW. 1995 S. 2), in der derzeit gültigen Fassung, wird im Einvernehmen mit dem Landesamt für Ernährungswirtschaft und Jagd NW verordnet:

§ 1

Schutzzweck

- (1) Die in § 2 näher bezeichneten Flächen in der Stadt Düsseldorf werden als Naturschutzgebiet festgesetzt.
- (2) Die Festsetzung erfolgt insbesondere
- a) zur Erhaltung und Entwicklung des Gebietes Himmelgeister Rheinbogen, insbesondere seiner natürlichen, naturnahen und kulturlandschaftlichen Lebensräume mit charakteristischen sowie gefährdeten bzw. seltenen Tier- und Pflanzenarten,
 - b) zur Erhaltung des durch Flutmulden und Flutrinnen morphologisch reich gegliederten Kleinreliefs als Zeugnis der Flußgeschichte des Rheins,
 - c) zur Erhaltung des besonderen landschaftlichen Charakters und der hervorragenden Schönheit dieser u.a. durch ältere Waldbestände, großflächige Kopfweiden- und Heckenbestände sowie Grünland- und Ackernutzung geprägten, historisch gewachsenen niederrheinischen Kulturlandschaft und der Weiträumigkeit des Landschaftsbildes und,
 - d) zur Erhaltung des Gebietes als wesentlicher Teil des Rheinauenverbundes, dem insbesondere aus ornithologischer Sicht als zusammenhängendem Rückzugs-, Durchzugs- und Überwinterungsraum überregionale Bedeutung zukommt.

§ 2

Schutzgebiet

(1) Das Naturschutzgebiet in der Stadt Düsseldorf hat eine Landfläche von ca. 214 ha und ist in den beigefügten Karten

1. im Maßstab 1:5000 (Anlage 1)
 2. verkleinert aus dem Maßstab 1:5000 (Anlage 2)
- durch eine schwarze Linie mit kurzen, parallelen, senkrecht aufstehenden Dreifachstrichen nach innen zum Schutzgebiet gekennzeichnet.

(2) Die Karte (verkleinert aus dem Maßstab 1:5000) und das Flurstücksverzeichnis (Anlage 3) werden als Bestandteil dieser Verordnung mit im Amtsblatt veröffentlicht.

(3) Die Originalkarte im Maßstab 1:5000 (Anlage 1) ist Bestandteil dieser Verordnung und befindet sich

1. bei der Bezirksregierung Düsseldorf
- Höhere Landschaftsbehörde -
2. beim Oberstadtdirektor Düsseldorf
- Untere Landschaftsbehörde -

und kann dort während der Dienststunden eingesehen werden.

(4) Das Schutzgebiet wird in den Anlagen zu dieser Verordnung rechtsverbindlich festgelegt. In Zweifelsfällen gilt für die räumliche Abgrenzung die Karte im Maßstab 1:5000 (Anlage 1).

§ 3

Verbote

(1) Im Naturschutzgebiet sind alle Handlungen verboten, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des geschützten Gebietes oder seiner Bestandteile bzw. zu einer nachhaltigen Störung führen können.

(2) Soweit nicht in § 4 anders bestimmt, sind insbesondere folgende Handlungen verboten:

1. Vorhaben i. S. d. § 29 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. 12. 1986 (BGBl. I S. 2253), in der derzeit gültigen Fassung, insbesondere bauliche Anlagen im Sinne des § 1 Abs. 1 i. V. m. § 2 Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen - BauO - in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. 3. 1995 (GV. NW. S. 218), öffentliche Verkehrsanlagen und ihre Nebenanlagen sowie Anlagen, die der Aufsicht der Bergbehörde unterliegen, zu errichten, zu ändern oder deren Nutzung zu ändern sowie Änderungen der Außenseite bestehender Anlagen vorzunehmen, auch wenn es dazu keiner sonstigen behördlichen Entscheidung bedarf,
2. Frei- oder Rohrleitungen, Fernmeldeeinrichtungen und Erdkabel zu bauen, zu verlegen oder zu ändern,
3. Werbeanlagen oder -mittel, Schilder oder Beschriftungen zu errichten oder anzubringen, soweit sie nicht ausschließlich auf die Schutzweisung hinweisen oder durch Gesetz bzw. aufgrund eines Gesetzes vorgeschrieben sind,
4. Buden, Verkaufsstände, Verkaufswagen oder Warenautomaten aufzustellen,
5. Aufschüttungen, das Verfüllen von Senken, Abgrabungen oder anderweitige Veränderungen der Bodengestalt vorzunehmen; ausgenommen ist die Beseitigung von Hochwasserschä-

- den in Abstimmung mit der unteren Landschaftsbehörde,
6. Abfälle im Sinne des § 1 des Gesetzes über die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen (Abfallgesetz - AbfG) vom 27. 8. 1986 (BGBl. I S. 1501), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. 9. 1994 (BGBl. I S. 2771), Schutt sowie andere Stoffe oder Gegenstände, die geeignet sind, das Landschaftsbild oder den Naturhaushalt zu beeinträchtigen oder zu gefährden, einzubringen sowie zu lagern,
 7. Straßen, Wege und Plätze anzulegen oder zu ändern,
 8. das Betreten und Befahren von Flächen außerhalb der befestigten Wege, Park- oder Stellplätze und Hofräume,
 9. das Feuermachen außerhalb von Flächen, die mit der unteren Landschaftsbehörde abgestimmt sind,
 10. das Zelten und Lagern, das Abstellen, Warten und Reinigen von Wohnwagen und Mobilheimen sowie das Bereitstellen, Anlegen oder Ändern von Zelt- und Campingplätzen,
 11. das Warten und Reinigen von Fahrzeugen aller Art, außerhalb von Hof- und Gebäudeflächen sowie das Bereitstellen, Anlegen oder Ändern von Stellplätze für diese Fahrzeuge,
 12. Einrichtungen für den Schieß-, Luft-, Motor- oder Wassersport sowie für den Modellsport bereitstellen oder anzulegen sowie diese Sportarten zu betreiben,
 13. Gewässer einschließlich Fischteiche anzulegen oder zu ändern,
 14. Gewässerunterhaltungsmaßnahmen in der Zeit vom 15. 3. bis 1. 10. eines jeden Jahres ohne Zustimmung der unteren Landschaftsbehörde durchzuführen,
 15. Entwässerungs- oder andere die Oberflächenwasser- und Grundwasserverhältnisse ändernde Maßnahmen vorzunehmen; ausgenommen bleibt die weitere Nutzung und Unterhaltung bestehender Anlagen,
 16. Bäume, insbesondere Kopfbäume, Sträucher, und sonstige Pflanzen mutwillig bzw. ohne vernünftigen Grund zu beschädigen, auszureißen, auszugraben oder Teile davon abzutrennen; als Beschädigung gilt auch das Verletzen des Wurzelwerks und jede andere Maßnahme, die geeignet ist, das Wachstum und das Erscheinungsbild zu beeinflussen,
 17. Obstwiesen zu beseitigen,
 18. Pflanzen und Tiere auszusetzen, oder anzusetzen,
 19. mutwillig bzw. ohne vernünftigen Grund wildlebende Tiere zu beunruhigen, zu fangen, zu verletzen oder zu töten sowie Puppen, Larven, Eier oder andere Entwicklungsformen sowie Brut- und Wohnstätten von Tieren fortzunehmen oder zu beschädigen,
 20. Schußapparate zum Zwecke der Vogelabwehr aufzustellen und zu betreiben oder Vogelscheuchen in der Zeit vom 1. 9. bis 31. 3. eines jeden Jahres aufzustellen,
 21. Quellen oder Gewässerränder einschließlich des Bewuchses zu zerstören, zu beschädigen oder auf andere Art zu beeinträchtigen,
 22. außerhalb der Straßen, Wege und Reitwege zu reiten,
 23. Hunde unangeleint laufen zu lassen, soweit es sich nicht um Hüte-, Jagd- und Hofhunde im bestimmungsgemäßen Einsatz handelt,
 24. Veranstaltungen jeder Art durchzuführen,
 25. Klärschlamm auszubringen oder zu lagern,
 26. Grünland und Brachflächen in eine andere Nutzungsart umzuwandeln oder umzubrechen,
 27. Silage- und Futtermieten außerhalb von Ackerflächen oder Hofräumen anzulegen,
 28. Sonderkulturen anzulegen,
 29. Wildäcker anzulegen sowie Wildfütterungen außerhalb der gesetzlich bestimmten Notzeiten vorzunehmen,
 30. Kleingärten anzulegen oder Flächen als Grabeland zu nutzen,
 31. Baumschulen anzulegen,
 32. Schmuckreisig- und Weihnachtsbaumkulturen anzulegen,
 33. Erstaufforstungen vorzunehmen.

§ 4

Nicht betroffene Tätigkeiten

Nicht betroffen sind:

- (1) die ordnungsgemäße land- und forstwirtschaftliche Bodennutzung in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang einschließlich der Errichtung von ortsüblichen Weide- und Kulturzäunen und Maßnahmen der ordnungsgemäßen Gehölzpflege; die Verbote des § 3 Abs. 2 Nrn. 1, 5, 9, 11, 15, 25-28 und 31-33 gelten allerdings uneingeschränkt,
- (2) die ordnungsgemäße Ausübung der Jagd einschließlich des Abschusses nach der Rabenvogelverordnung und die Errichtung offener Ansitzleitern im Einvernehmen mit der unteren Landschaftsbehörde; die Verbote in § 3 Abs. 2 Nrn. 12, 18 und 29 gelten uneingeschränkt,
- (3) die ordnungsgemäße Ausübung der Fischerei; die Verbote in § 3 Abs. 2 Nrn. 1 und 13 gelten uneingeschränkt,
- (4) die Unterhaltung bestehender Straßen, Wege und Plätze sowie bestehender Ver- oder Entsorgungsleitungen einschließlich Entwässerungs- und Fernmeldeeinrichtungen sowie ihre Änderung, soweit eine solche Änderung der unteren Landschaftsbehörde vorher angezeigt wird und die untere Landschaftsbehörde nicht binnen eines Monats hiergegen Bedenken erhebt.
- (5) von der unteren Landschaftsbehörde angeordnete oder genehmigte Entwicklungs-, Pflege- oder Sicherungsmaßnahmen,
- (6) die im Zusammenhang mit der ordnungsgemäßen Hof-, Garten- und Parkpflege anfallenden Tätigkeiten,
- (7) die Unterhaltung und Instandsetzung von hochwasserschutzanlagen,
- (8) jede sonstige bei Inkrafttreten dieser Verordnung rechtmäßig ausgeübte Nutzung.
- (9) Ferner bleiben unberührt:

militärische Übungen an und im Umfeld der Ersatzübergangsstellen Himmelgeist und Stürzelberg, soweit diese dort notwendig sind und bei der unteren Landschaftsbehörde angezeigt worden sind. Die untere Landschaftsbehörde ist jedoch berechtigt, im Anzeigeverfahren die Übungen

durch Nebenbestimmungen zu beschränken, soweit dies aufgrund von landschaftsrechtlichen Belangen notwendig erscheint.

§ 5

Befreiungen

(1) Gemäß § 31 des Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG –) vom 12. 3. 1987 (BGBl. I, S. 889), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. 8. 1993 (BGBl. I S. 1458), in Verbindung mit § 69 LG kann von den Verboten dieser Verordnung auf Antrag Befreiung erteilt werden, wenn

- a) die Durchführung der Vorschrift im Einzelfall
 - aa) zu einer nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu vereinbaren ist oder
 - bb) zu einer nicht gewollten Beeinträchtigung von Natur und Landschaft führen würde oder
- b) überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Befreiung erfordern.

(2) Für die Befreiung von den Verboten des § 3 Abs. 2 dieser Verordnung mit Ausnahme der Nr. 33 ist gemäß § 69 Abs. 1 LG die untere Landschaftsbehörde zuständig.

Für die Befreiung von dem Verbot des § 3 Abs. 2 Nr. 33 ist gemäß § 69 Abs. 2 LG die untere Forstbehörde, die im Einvernehmen mit der unteren Landschaftsbehörde entscheidet, zuständig.

Sofern eine Befreiung vom Verbot des § 3 Abs. 2 Nr. 18 beantragt wird und es sich um gebietsfremde Arten handelt, ist gemäß § 61 Abs. 3 Satz 1 LG die höhere Landschaftsbehörde zuständig.

§ 6

Ordnungswidrigkeiten und Straftaten

(1) Ordnungswidrig im Sinne von § 70 Abs. 1 Landschaftsgesetz handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die Verbote des § 3 dieser Verordnung verstößt.

(2) Nach § 71 Abs. 1 Landschaftsgesetz können Ordnungswidrigkeiten mit einer Geldbuße bis zu 100 000,- DM geahndet werden.

(3) § 70 wird nicht angewendet, wenn die Tat nach anderen Rechtsvorschriften mit Strafe bedroht ist (§ 71 Abs. 3 LG). Insbesondere wird gem. § 329 Abs. 3 Strafgesetzbuch (StGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. 3. 1987 (BGBl. I S. 945, ber. S. 1160), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. 6. 1995 (BGBl. I S. 778), mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wer innerhalb des Naturschutzgebietes

1. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abbaut oder gewinnt,
2. Abgrabungen oder Aufschüttungen vornimmt,
3. Gewässer schafft, verändert oder beseitigt,
4. Moore, Sümpfe, Brüche oder sonstige Feuchtgebiete entwässert,
5. Wald rodet,
6. Tiere einer im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes besonders geschützten Art tötet, fängt, diesen nachstellt oder deren Gelege ganz oder teilweise zerstört oder entfernt,

7. Pflanzen einer im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes besonders geschützten Art beschädigt oder entfernt oder

8. ein Gebäude errichtet.

und dadurch den jeweiligen Schutzzweck nicht unerheblich beeinträchtigt.

(4) Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe (§ 329 Abs. 4 StGB).

(5) In besonders schweren Fällen wird eine vorsätzliche Tat nach § 329 StGB mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren bestraft.

§ 7

Inkrafttreten

(1) Nach § 34 OBG tritt diese Verordnung eine Woche nach dem Tage ihrer Verkündung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die ordnungsbehördliche Verordnung über die einstweilige Sicherstellung des Naturschutzgebietes „Himmelgeister Rheinbogen“ in der Stadt Düsseldorf vom 28. 5. 1993 (Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf Nr. 23/1993) außer Kraft.

(3) Die vorstehende ordnungsbehördliche Verordnung wird hiermit verkündet.

(4) Die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften des Landschaftsgesetzes und des Ordnungsbehördengesetzes kann gegen diese Verordnung nach Ablauf eines Jahres nach ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) die ordnungsbehördliche Verordnung ist nicht ordnungsgemäß verkündet worden oder
- b) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der höheren Landschaftsbehörde vorher gerügt und dabei die verletzende Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Die Bezirksregierung
als höhere Landschaftsbehörde

Im Auftrag
Ströttchen

Anlage 3

Himmelgeister Rheinbogen

Ge- markung	Flur	Flurstück
Himmel- geist	1	<u>1</u> (Rhein)
	5	6, <u>7</u> , 8
	6	1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 16, <u>17</u> , 20, 21, 22, 25, 26, 27, 28, 29, <u>30</u> , 47, 49 50, 51, 53, 75, 78, 87, 88, 89, 92, 96, 98, 99, 100, <u>101</u> , <u>102</u> , 103, 104, 105, 106, 107, <u>108</u> , 109, 110, <u>111</u> , <u>117</u> , <u>118</u> , <u>119</u> , <u>120</u> , <u>123</u> , 125, <u>126</u> , <u>127</u> , <u>128</u> , <u>129</u> , <u>130</u> , <u>151</u> , 232, 234, 236, 237, 249, 252, 254, 256, 258, 262, <u>280</u> , <u>290</u> , 291, 292.

Die unterstrichenen Flurstücke sind nur teilweise betroffen.

Abl. Reg. Ddf. 1996 S. 316